



# EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

January 2025 | DE

## Die lokale Sicht – Staffel 3, Folge 24 – Europa und seine Migrationskrise: Wo stehen wir gerade und wie geht es weiter?

In dieser Folge unseres Podcasts beschäftigen wir uns mit der anhaltenden Migrationskrise in Europa. Nach der jüngsten Pattsituation, in der sich sowohl Italien als auch Frankreich weigerten, die „Ocean Viking“ anlegen und die vor der libyschen Küste geretteten irregulären Migranten an Land gehen zu lassen, ist dieses Thema wieder in den Fokus gerückt. Wo steht die europäische Migrationspolitik aktuell? Was ist seit 2015, als die syrische Flüchtlingskrise uns vor große Herausforderungen stellte, aus der europäischen Solidarität geworden? Wie kann es sein, dass schutzbedürftige Migranten in einem rechtlichen Niemandsland stranden?

Wir werden dieses Thema näher beleuchten und nach Antworten suchen. Hierfür sprechen wir mit **José Antonio Moreno Díaz**, Mitglied der Gruppe Arbeitnehmer des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und auf Migration und Asyl spezialisierter Rechtsanwalt, **Louise Guillaumat**, stellvertretende Projektleiterin der NGO „SOS Méditerranée“, die die „Ocean Viking“ betreibt und mit dem EWSA-Preis der Zivilgesellschaft 2016 ausgezeichnet wurde, und **Tomas Miglierina**, Korrespondent der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft in Brüssel und Spezialist für Migrationsfragen.

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

## GRUSSWORT



### Giulia Barbucci: „Neues Jahr, neue Herausforderungen“

Liebe Leserinnen und Leser,

jedes neue Jahr hält neue Hoffnungen und Träume bereit, die wir mit frischer Tatkraft verwirklichen wollen.

Ich hoffe, dass wir in diesem neuen Jahr die pandemiebedingten Probleme hinter uns lassen und uns den neuen großen Herausforderungen, denen sich Europa 2023 und danach gegenübersehen, zuwenden können: Der Krieg in der Ukraine und die Energiekrise, der ökologische und der digitale Wandel, die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und das sich wandelnde politische Klima in vielen Teilen Europas.

Die Aussichten für die europäische Wirtschaft für 2023 sind düster, weshalb Europa nun die richtigen und vor allem klare Prioritäten setzen muss. Zu Jahresbeginn hat Schweden den EU-Ratsvorsitz übernommen und will die Ukraine auch weiterhin mit humanitärer Hilfe unterstützen und zugleich den Schwerpunkt auf den ökologischen Wandel und die Stärkung der EU-Wirtschaft legen, zumal 2023 das 30-jährige Bestehen des Binnenmarkts gefeiert wird.

Darüber hinaus ist 2023 zum Europäischen Jahr der Kompetenzen erklärt worden.

Durch Arbeitskräfte mit den erforderlichen Kompetenzen entstehen Innovationen und wird gewährleistet, dass sowohl bei der wirtschaftlichen Erholung als auch beim ökologischen und digitalen Wandel niemand zurückgelassen wird. Deshalb werden Kompetenzen eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen, vor denen Europa steht, spielen.

Auch wenn das Europäische Jahr der Jugend vorüber ist, werden wir uns weiterhin mit diesem Thema beschäftigen. Der EWSA hat im vergangenen Jahr mehrere Stellungnahmen zu Jugendfragen erarbeitet und engagiert sich weiterhin für [jugendgerechte](#) Maßnahmen und

Rechtsvorschriften der EU. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss setzt sich auch künftig für Lösungen zugunsten junger Menschen ein, die zugleich ihrer Forderung nach einer besseren Welt Rechnung tragen.

Auf der COP 27 im November 2022 in Scharm El-Scheich gehörte der Delegation des Ausschusses auch eine junge Delegierte an, die jungen Menschen in Fragen der Klimakrise und Nachhaltigkeit Gehör verschaffen sollte. Auch in diesem Jahr werden wir in den Verhandlungen eine prominentere Rolle für junge Menschen und die organisierte Zivilgesellschaft als Ganzes fordern, damit die soziale Gerechtigkeit im Transformationsprozess gewährleistet ist.

2022 haben wir uns auch um mehr Gleichstellung der Geschlechter bemüht. Der EWSA war Gastgeber einer Reihe von Veranstaltungen zur Unterstützung der Woche der Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments. Sie umfassten ein breites Spektrum an Themen, die Frauen betreffen, darunter ihre Rolle in der Sozialwirtschaft, Frauen und Energiearmut, häusliche Gewalt gegen Frauen, Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmerinnen sowie reproduktive und sexuelle Rechte. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss will sich auch im neuen Jahr und danach entschlossen für die Geschlechtergleichstellung und die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in allen Politikbereichen einsetzen.

Angesichts derart zahlreicher Herausforderungen kann die Europäische Union nur dann erfolgreich sein, wenn sie die europäische Zivilgesellschaft systematisch in ihre Beschlussfassung einbezieht. Ich hoffe, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen können. Und ich hoffe auch, dass das neue Jahr wieder Sicherheit, Frieden und Einvernehmen für uns bereithält, die für uns so lange selbstverständlich waren.

Europa wünsche ich ein produktives Jahr und Ihnen allen Glück und Gesundheit.

**Giulia Barbucci, EWSA-Vizepräsidentin für Haushalt**

## BITTE VORMERKEN

22./23. Februar 2023, Brüssel

### **EWSA-Plenartagung**

27./28. Februar 2023, Brüssel

### **Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft 2023**

23./24. März 2023, Brüssel

### **[Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ 2023](#)**



## „ZUR SACHE“

**In unserer Rubrik „Zur Sache“ erläutern EWSA-Mitglieder die wichtigsten Vorschläge des Ausschusses zu einem zentralen EU-Thema.**

In dieser Ausgabe haben wir mit EWSA-Mitglied **Kinga Joó** gesprochen, die uns als Berichterstatterin für die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung deren Hauptziele darlegte: Es gehe darum, überall in der Union hochwertige, erschwingliche und zugängliche Pflege- und Betreuung zu gewährleisten sowie für eine Besserstellung sowohl der Personen, die gepflegt bzw. betreut werden, als auch der professionellen und informellen Pflege- und Betreuungspersonen zu sorgen.

---

## KINGA JOÓ: WIR BRAUCHEN HOCHWERTIGE PFLEGE UND BETREUUNG FÜR ALLE

**In der [Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung](#) wird eingangs darauf hingewiesen, dass jeder von uns im Laufe seines Lebens entweder selbst Pflege oder Betreuung benötigt oder jemanden pflegt bzw. betreut. Dies trifft in der Tat zu, und dennoch ist in Europa vielfach immer noch keine hochwertige Versorgung für alle gewährleistet, was einer der ausschlaggebenden Gründe für die Ausarbeitung der Strategie war.**

In unserer [Stellungnahme zu der Strategie](#) konzentrieren wir uns auf einige zentrale Fragen. Insbesondere betonen wir, dass bei sämtlichen Pflege- bzw. Betreuungslösungen auf die Entscheidungen der Betroffenen Rücksicht genommen werden muss. Diese bzw. ihre Familien müssen also stets selbst wählen können, ob die entsprechende Versorgung in einem Heim, zu Hause oder gemeindenah erfolgen soll. Niemand sollte gezwungen sein, sich nur deshalb für eine Form der Pflege bzw. Betreuung zu entscheiden, weil es an Alternativen fehlt.

Die Frage der Geschlechtergleichstellung und der Abbau von Stereotypen gegenüber Frauen und Männern sind sowohl für die Strategie als auch für unsere Empfehlungen von zentraler Bedeutung. Wir bekräftigen, dass mehr Anreize für Männer geschaffen werden sollten, einen Pflege- oder Betreuungsberuf zu ergreifen, und es für eine gerechtere Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern bei der Pflege und Betreuung von Angehörigen zu sorgen gilt.

In der Strategie wird zurecht darauf hingewiesen, dass formelle und informelle Pflege bzw. Betreuung Hand in Hand gehen, beides unverzichtbar ist und unterstützt werden muss. Häusliche Pflege wird häufig von informellen Pflegekräften erbracht. In den meisten Fällen sind dies weibliche Angehörige der pflegebedürftigen Person. Sie tragen den größten Teil der Belastung – mit all den Auswirkungen auf ihr berufliches und persönliches Leben. Wir empfehlen, diese informellen Pflegekräfte zu ermitteln und ihren

Bedarf zu erfassen, um diesem wirksam entsprechen zu können. Potenzial sehen wir auch in Programmen für die Validierung von Kompetenzen, die die Anerkennung der hier geleisteten „unsichtbaren Arbeit“ erleichtern.

Darüber hinaus bekräftigen wir unseren Vorschlag zur Einführung einer europäischen Pflege- und Betreuungsgarantie, um für alle in der EU lebenden Menschen ihr gesamtes Leben lang Zugang zu einer erschwinglichen und hochwertigen Gesundheitsversorgung, Pflege und Betreuung zu gewährleisten. Mit einem solchen Instrument könnten die Defizite in der Pflege und Betreuung angegangen und angemessene Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, auch informelle Pflegekräfte, vorangetrieben werden.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir einen weiteren Schwerpunkt auf die Umsetzung, Überwachung und Bewertung der beiden Empfehlungen des Rates zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung sowie zu Langzeitpflege legen, die der Rat im Dezember 2022 als Teil der Strategie angenommen hat. In diesem Zusammenhang fordern wir eine Halbzeitüberprüfung der allgemeinen und spezifischen Ziele, einschließlich der Barcelona-Ziele.

---

## EINE FRAGE AN ...

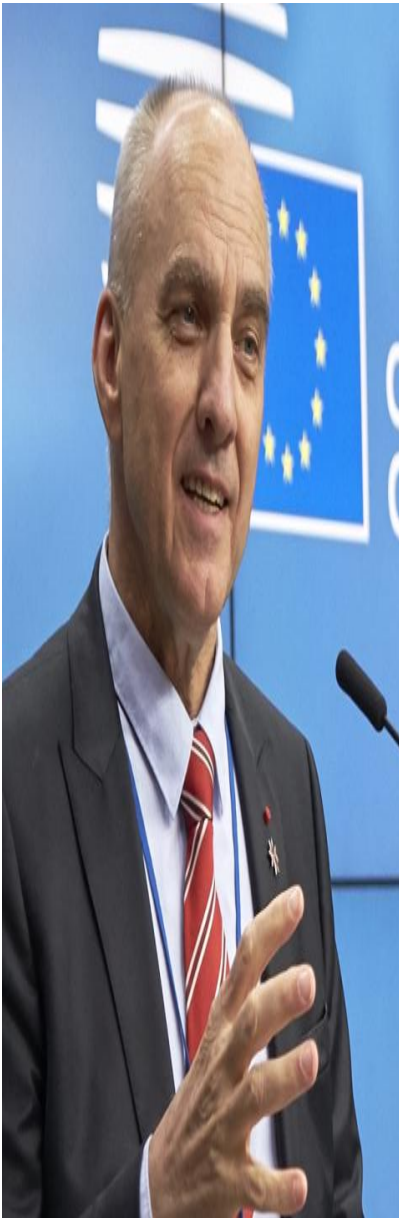


## „Eine Frage an ...“

**Diesen Monat stellen wir „Eine Frage an ...“ den ehemaligen Generaldirektor im Rat der Europäischen Union, Jaroslaw Pietras, und zwar zu einem Thema, das aktuell in aller Munde ist: die Energiekrise.**

**Jaroslaw Pietras** ist derzeit als Gastforscher am Brüsseler Wilfried-Martens-Zentrum für Europastudien sowie als Gastdozent am Europakolleg in Brügge tätig. Zwischen 1990 und 2006 war er in seinem Heimatland Polen Staatssekretär im Finanzministerium, Staatssekretär für Europaangelegenheiten und Büroleiter im Ausschuss für europäische Integration. Von 2008 bis 2020 war Pietras Generaldirektor im Rat der Europäischen Union und in diesem Amt für ein breites Spektrum von Politikbereichen, einschließlich Energie, zuständig. Er hält einen PhD-Titel in Wirtschaftswissenschaften von der Universität Warschau und ist Autor einer Reihe von Veröffentlichungen zu den Themen EU, Nachhaltigkeit und Handel. In der Vergangenheit war er zudem Fulbright-Stipendiat und Mitglied im Vorstand der Denkfabrik Bruegel (2008–2011).

---



## Jaroslaw Pietras: „Die Energiekrise ist noch nicht vorbei.“

### **EWSA info: Herr Pietras, wie sehen Sie aktuell den EU-Energiemarkt und wie lauten Ihre Prognosen für die Zukunft?**

**Jaroslaw Pietras:** Die von den Energieministern der EU vereinbarte Gaspreisobergrenze liegt deutlich über dem aktuellen Preisniveau. Die Öffnung der Energiemärkte zu Beginn des Jahres 2023 sorgte weder für Überraschungen, noch war sie dramatisch. Die Gas- und Ölpreise sinken weiter, wenn auch langsamer als zuvor. Aktuell bewegen sie sich in etwa auf dem Niveau, das kurz vor der Aggression Russlands gegen die Ukraine zu beobachten war. Der Gasverbrauch in der EU ist um mehr als 20 % zurückgegangen, was sich jedoch nicht entscheidend in den Produktions- oder Heizerfordernissen niederschlug. Natürlich mussten die Verbraucher in allen Mitgliedstaaten hohe Energiekosten schultern, allerdings wurden sie von Temperaturen unter dem Gefrierpunkt weitgehend verschont. Die privaten Haushalte konnten ununterbrochen mit Gas versorgt werden. Zu Beginn dieses Jahres waren die Gasspeicher in Europa zu mehr als 80 % gefüllt, was mit Blick auf den durchschnittlichen Füllstand in den letzten fünf Wintern ein sehr gutes Ergebnis ist.

Die europäischen Länder haben sich von Russland als Gaslieferant abgewendet und beziehen ihre Lieferungen mittlerweile weitgehend aus anderen Quellen. Hierzu zählen auch LNG-Importe, die im letzten Jahr 58 % höher ausfielen als noch 2021. Laut Financial Times (7. Januar 2023) entsprachen die LNG-Importe der EU im letzten Jahr 137 Milliarden Kubikmetern Erdgas, was fast den rund 140 Milliarden Kubikmetern gleichkommt, die 2021 über Pipelines aus Russland bezogen wurden. Die EU konnte ihre Abhängigkeit von russischen Energielieferungen somit deutlich verringern.

Zwar sind dies gute Neuigkeiten, doch dürfen wir die Energiekrise noch nicht als überwunden ansehen. Eine solche Entwicklung wäre nicht möglich gewesen, wenn es in Europa zu schwierigeren Witterungsbedingungen und niedrigen Temperaturen gekommen wäre, da dies zu einer stärkeren Nutzung von Heizenergie geführt hätte. Zudem wurden gewisse energieintensive Industrieprozesse noch nicht vollständig wieder aufgenommen. Infolge des strengen Kurses Chinas zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie sind das Energiewachstum und der Energiebedarf zurückgegangen, was weltweit zu einer geringeren Nachfrage nach Energie geführt hat. Auf diese Umstände haben wir in Europa keinerlei Einfluss – und sie werden in dieser Form wohl auch nicht noch einmal eintreten. Die Bedrohung für die Energiemärkte in der EU ist folglich noch nicht gebannt; je nach Entwicklung der Lage könnten schwierige Zeiten auf uns zukommen.

Von den extrem hohen Gaspreisen sind nicht alle Mitgliedstaaten gleichermaßen betroffen. Da der EU-Binnenmarkt jedoch bereits eine recht starke interne Verflechtung aufweist, waren sämtliche Energieformen und alle Bürgerinnen und Bürger von den Preisschocks betroffen. Bereits vor seiner Invasion in der Ukraine hat Russland die Gaspreise in Europa beeinflusst. Versuche, die Abhängigkeit von russischen Lieferungen zu verringern, wurden damals entschieden in Frage gestellt. Zum Bruch kam es erst, nachdem die Gasflüsse aus Russland vorsätzlich unterbrochen wurden. Mit über 350 Euro pro Megawattstunde erreichte der Gas-

Spotpreis im Sommer 2022 einen neuen Höchststand. Ein derart hohes Preisniveau musste sich zwangsläufig auch in den Kosten anderer Energiequellen, insbesondere von Strom, niederschlagen, was Millionen von Verbrauchern zu spüren bekamen.

Die EU-Mitgliedstaaten unternahmen damals enorme Anstrengungen, um ihre Gasspeicher auf den von der EU geforderten Stand aufzufüllen. Zu diesem Zeitpunkt lagen die Gaspreise bis zu siebenmal höher als vor dem Krieg. Da solche Kosten auf lange Sicht nicht tragbar sind, haben die Energieminister der EU über Maßnahmen beraten, mit denen dem unkontrollierten Energiepreisanstieg über ein zumutbares Niveau hinaus Grenzen gesetzt werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben klug und geschlossen gehandelt und eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung der Energiemärkte getroffen. So wurden unter anderem Preisobergrenzen erwogen, Mechanismen für den gemeinsamen Einkauf konzipiert und Speicherverpflichtungen sowie Solidaritätslieferungen angeordnet.

Nun, da die Aussichten für die verbleibende Heizperiode nicht mehr allzu düster sind, sollte die EU bereits an den kommenden Winter denken und überlegen, wie sie etwaigen Schwierigkeiten in der Zukunft begegnen kann. Die Einfuhr von Gas erfordert physische Infrastrukturen, die nicht einfach über Nacht geschaffen werden können. Mit einigen Exporteuren war Europa bislang lediglich über Pipelines verbunden, allerdings erfordern neue Lieferwege auch neue Terminals. Dies braucht Zeit, erfordert jedoch auch schnelles Handeln. Schwimmende Terminals wie etwa in der deutschen Hafenstadt Wilhelmshaven spielen hierbei eine zentrale Rolle.

Insgesamt ist die Gefahr eines akuten Gasnotstandes heute deutlich geringer. Gas wird über ein breites Spektrum alternativer Lieferwege beschafft, neue erneuerbare Energiequellen werden zügiger eröffnet und es wird entschieden auf Effizienzsteigerungen und Energieeinsparungen hingearbeitet. All dies führt zu einer stabileren Energieversorgung und somit zu niedrigeren Gaspreisen. Zudem können auf diese Weise die Energiequellen diversifiziert und verhindert werden, dass es aufgrund plötzlicher Unterbrechungen bei einzelnen Energiequellen zu Störungen kommt.

Trotzdem sind die Energiemärkte nach wie vor sehr anfällig für Versorgungsengpässe. In der aktuellen Lage kann es zu einem deutlichen Anstieg der Gaspreise kommen, da die bestehende Nachfrage einem begrenzten Angebot gegenübersteht. Deshalb haben die Energieminister zu Recht eine Gaspreisdeckelung vereinbart, wiewohl diese mit 180 Euro pro Megawattstunde auf einem recht hohen Niveau liegt und zudem auf den Preisen am besonders volatilen TTF-Terminmarkt beruht. Diese Deckelung kann als eine Art Sicherheitsventil gesehen werden, das in extremen Situationen Rückhalt bietet, aber eigentlich besser ungenutzt bleibt.

---

## UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



## Überraschungsgast

**In dieser Rubrik stellen wir Ihnen die Meinungen, Gedanken und Kommentare von Journalisten und prominenten Persönlichkeiten zu für Europa wichtigen aktuellen Themen vor. Unser heutiger Gast ist die ukrainische Reporterin Olena Abramowytsh. Zu Beginn dieses neuen Jahres teilt sie ihre Hoffnung auf eine bessere Welt mit unseren Leserinnen und Lesern.**

Die Ukrainerin **Olena Abramowytsh** ist als Journalistin in Brüssel tätig. Sie berichtet für den webbasierten Fernsehsender „Inter“, der die Bevölkerung in weiten Teilen der Ukraine seit dem russischen Angriff im Februar 2022 rund um die Uhr mit Nachrichten über den Krieg versorgt. Seit 2014 informiert sie auf ukrainischen Fernsehsendern über die wichtigsten politischen Veranstaltungen in Brüssel (wie NATO- und EU-Gipfeltreffen). Während der Maidan-Revolution in der Ukraine 2013–2014 half sie Journalisten aus Brüssel bei der Kontaktaufnahme zu führenden

Politikern und Institutionen in Kiew. Im Rahmen der Ermittlungen zum Abschuss der Passagiermaschine MH-17 durch Russland arbeitete sie auch mit dem niederländischen Fernsehsender NOS zusammen.

Neben der Politik widmet sie sich auch sozialen Themen und unterstützt als Freiwillige Landsleute, ihre Rechte als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Belgien wahrzunehmen. Seit 2016 organisiert sie außerdem in ihrer Heimatstadt Kowel im Nordwesten der Ukraine eine „Leadership-Sommerschule“ – ein kostenloses Mentoring-Programm, das Jugendlichen Orientierung bei der Wahl ihres Hochschulstudiums bietet. Sie hat einen Lehramt-Bachelorabschluss und einen Masterabschluss in Journalismus von der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie.



## Olena Abramowytsh: Ukraine 2023 – auch nach dem Sieg muss der Kampf weitergehen

„Wir verpassen niemals die Chance, eine Chance zu verpassen“ lautet ein ukrainisches Sprichwort, das sich in der Ukraine in den Jahren unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges etabliert hat. Es bringt die Frustration über den Mangel an grundlegenden Reformen nach den Revolutionen 2004 (Orangene Revolution) und 2013 (Euromaidan) zum Ausdruck. Beide Revolutionen brachten natürlich einige Änderungen mit sich, aber alle großen Kämpfe wecken hohe Erwartungen, und wenn dann nur wenig passiert, ist die Enttäuschung umso größer.

Was müssen wir also tun, um dieses Mal die Chance auf einen Wandel nicht zu verpassen?

In meinen Augen lieferte unsere Nobelpreisträgerin **Olexandra Matwijtschuk** eine glaubwürdige Antwort auf diese Frage. Olexandra ist

Menschenrechtsanwältin und eine führende Persönlichkeit der Zivilgesellschaft. So war es nur selbstverständlich, dass sie in ihrer ausdrucksstarken Dankesrede anlässlich der Preisverleihung den

Schwerpunkt auf Menschenrechte legte.

Das mag nicht viel zu tun haben mit den Grundbedürfnissen der Menschen, wie sie der russische Komiker **Jewgeni Petrossjan** in seinem Neujahrsgruß beschreibt: „Wenn du gegessen und dich gewaschen hast, dein Haus warm ist, bedeutet das, dass du als Russe geboren wurdest, und du hast Glück mit deinem Land“. Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, wie verheerend es sein kann, angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Russland wegzuschauen. Aber genau dies haben die europäischen Staats- und Regierungschefs getan, damit ihre Landsleute nicht frieren müssen und um die Wirtschaft zu schützen.

„Ein Staat, der Journalisten tötet, Aktivisten einsperrt und friedliche Demonstrationen auflöst, stellt eine Bedrohung nicht nur für die eigenen Bürgerinnen und Bürger dar“, so Matwijtschuk. „Bei der politischen Entscheidungsfindung müssen die Menschenrechte ebenso wichtig sein wie der wirtschaftliche Nutzen oder die Sicherheit. Diesen Ansatz sollten man auch bei der Außenpolitik verfolgen.“

Es ist an der Zeit, eine neue globale Ordnung aufzubauen, bei der die Menschenrechte im Mittelpunkt stehen“, betont Matwijtschuk. Dabei sind nicht nur Politikerinnen und Politiker gefragt. Auch die Zivilgesellschaft sollte an diesem Prozess möglichst aktiv mitwirken. „Wir brauchen eine neue humanistische Bewegung, die sinnstiftend und aufklärerisch wirkt, Unterstützungsstrukturen an der Basis aufbaut und die Menschen dazu ermutigt, für ihre Rechte und Freiheiten einzustehen“, so Matwijtschuk weiter.

Es ist an der Zeit, um in der EU und in der Ukraine eine Reihe von Reformen durchzuführen, und es ist auch der richtige Zeitpunkt dafür. Es gilt, auf umweltfreundlichere Energieressourcen umzustellen, ohne auf die Wiederherstellung der Gas- und Erdölversorgung durch Russland zu bauen. Es gilt auch, nach Wegen zu suchen, um die Desinformation und die russische Propaganda zu stoppen und mit Hilfe der EU endlich das Antikorruptionssystem in der Ukraine zu reformieren.

Mit Anbrechen des zweiten Kriegsjahres müssen wir auf all diese Veränderungen hinarbeiten. Wie sich gezeigt hat, stellt sich der Wandel nach einem Krieg oder einer Revolution nicht von selbst ein. Und die Ukrainerinnen und Ukrainer wissen das mittlerweile nur allzu gut. Dieses Mal haben aber nicht nur meine Landsleute, sondern auch die Europäerinnen und Europäer hohe Erwartungen. Nach dem Sieg werden wir alle gemeinsam für den Aufbau einer neuen, nachhaltigen und friedlichen Welt kämpfen müssen. Weder die Menschen in der Ukraine noch die in der EU können es sich leisten, diese Gelegenheit ein weiteres Mal ungenutzt verstreichen zu lassen.

**Olena Abramowytsch, Brüssel-Korrespondentin des ukrainischen Fernsehsenders Inter**

---

**EWSA**



## Jedes Jahr sollte ein Europäisches Jahr der Jugend sein

**Auf seiner Dezember-Plenartagung erörterte der EWSA die Probleme junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Die Debatte fand zum Abschluss des Europäischen Jahres der Jugend 2022 statt und läutete das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023 ein. Der Ausschuss sprach sich für eine langfristige Strategie zur Einbeziehung junger Menschen aus und empfahl, dass die Europäischen Jahre über bloße PR-Kampagnen hinausgehen und konkrete Pläne anstoßen sollten.**

Nach COVID-19 stehen nun die sich verändernden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt mit all den damit einhergehenden Chancen und Risiken verstärkt im Fokus, betonte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** bei der Eröffnung der Debatte. „Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen wird der EWSA weiterhin die Interessen junger Menschen

und die Herausforderungen, mit denen sie in unserer sich rasch verändernden Welt konfrontiert sind, ins Visier nehmen.“

**Nicolas Schmit**, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, erläuterte seine Vision Europas: „Um bessere Perspektiven für junge Menschen zu schaffen, müssen wir für ihre Sicherheit sorgen und auf ihre Erwartungen in Bezug auf erfüllende Arbeit sowie ein stabiles und inklusives soziales Leben eingehen.“

In einer auf der Plenartagung verabschiedeten Entschließung fordert der EWSA die EU-Organe und nationalen Regierungen zudem auf, die Einbindung junger Menschen in Beschlussfassungsprozesse zu stärken und den von ihm vorgeschlagenen [EU-Jugendtest](#) umzusetzen. **Katrīna Leitāne**, Vorsitzende der EWSA-Koordinierungsgruppe für das Europäische Jahr der Jugend, erklärte, dass es wichtig sei, eine konkrete und langfristige Resonanz des Europäischen Jahres der Jugend zu gewährleisten und sicherzustellen, dass junge Menschen ein Mitspracherecht bei Entscheidungen haben, die ihre Zukunft betreffen.

In seiner [Stellungnahme zum Europäischen Jahr der Kompetenzen](#) 2023 äußert sich der Ausschuss besorgt darüber, dass die Agenda und die Prioritäten des Jahres möglicherweise zu umfangreich sind. Die Berichterstatterin, **Tatjana Babrauskienė**, erklärte, dass alle Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen 2023 darauf ausgerichtet sein müssen, bestmögliche Fortschritte in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung zu erzielen. Zu den Kompetenzen, die gefördert werden, müssen auch soziale Kompetenzen und Querschnittskompetenzen gehören.

In der Stellungnahme wird die Kommission zudem aufgefordert sicherzustellen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende die Möglichkeit haben, ihre Qualifikationen und Kompetenzen in der EU anerkennen zu lassen und Umschulungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen zu absolvieren, um leichter in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. „Besondere Aufmerksamkeit gebührt den Ukrainerinnen und Ukrainern. Wir wollen verhindern, dass die Kinder in der Ukraine entgegen den Hoffnungen des russischen Regimes zu einer verlorenen Generation heranwachsen, und eine starke junge ukrainische Generation fördern“, stellte **Kommissar Schmit** abschließend fest. (gb)



## Die finanzielle Dimension der Geschlechtergleichstellung bleibt ein blinder Fleck der EU-Politik

**Der EWSA debattierte auf seiner Dezember-Plenartagung über die Rolle der Finanzen und der öffentlichen Strategien für den Wiederaufschwung bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau in der EU. Die Aussprache stand in Zusammenhang mit der Verabschiedung zweier Stellungnahmen zur Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung und bei Investitionen sowie zur Frage, wie die Mitgliedstaaten die Geschlechtergleichstellung durch die in ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplänen vorgeschlagenen direkten und indirekten Maßnahmen stärken können.**

Die Geschlechtergleichstellung ist in Europa noch lange nicht erreicht, insbesondere was die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und den Zugang von Frauen zu Risikokapital und Finanzmitteln angeht. „Wir können es uns nicht leisten, das Potenzial der Frauen bei der Erholung nach der Pandemie ungenutzt zu lassen. Der Gleichstellungsaspekt muss in den nationalen Aufbauplänen sowie in der makroökonomischen Strategie und der globalen Entwicklung auch tatsächlich berücksichtigt werden“, erklärte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** bei der Eröffnung der Debatte.

**Maria Nikolopoulou**, Berichterstatterin für die [EWSA-Stellungnahme zu gleichstellungsorientierten Investitionen in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen](#), fügte hinzu: „Die Geschlechtergleichstellung ist nicht nur Frauensache, denn sie kommt allen zugute. Die Teilhabe beider Geschlechter sowie der Organisationen der Zivilgesellschaft ist von entscheidender Bedeutung für die Ermittlung der Bereiche, die über den Haushalt angegangen werden müssen.“

**Ody Neisingh**, Berichterstatterin für die [EWSA-Stellungnahme zu Investitionen mit Geschlechterperspektive](#), betonte: „Der finanzielle Aspekt der Geschlechtergleichstellung bleibt ein blinder Fleck der EU-Politik. Zwar rücken Investitionen mit Geschlechterperspektive und die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in der Haushaltsplanung zunehmend in den Fokus der politischen Entscheidungsträger, doch fehlt weiterhin ein systemischer Schwerpunkt“.

**Cinzia Del Rio**, Mitberichterstatterin für die Stellungnahme zu Investitionen mit Geschlechterperspektive, betonte hinsichtlich geschlechtsspezifischer Maßnahmen in den Aufbau- und Resilienzplänen: „Bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne sollte der Ausbau der direkten und indirekten Maßnahmen zur Stärkung der Geschlechtergleichstellung Vorrang haben. Dies erfordert gezielte öffentliche Strategien sowie klare und nachhaltige Investitionskanäle mit mittel- und langfristiger Ressourcenplanung.“ (tk)



## Lebensmittel dürfen nicht als finanzielle Vermögenswerte behandelt werden – sie sind keine Ware wie jede andere.

**Die weltweite Lebensmittelpreiskrise wurde durch den Krieg in der Ukraine zusätzlich verschärft. Tatsächlich ist sie jedoch auf eher strukturelle und systemische Schwachstellen des Rohstoffmarkts zurückzuführen, die zu Hunger führen und die Existenzgrundlage der Menschen bedrohen. Dies hob der EWSA in einer am 14. Dezember verabschiedeten Initiativstellungnahme hervor.**

Die Lebensmittelpreiskrise wird nicht nur durch Konflikte, Klimaschocks und die COVID-19-Pandemie angefacht, sondern zuletzt auch durch die Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Kraftstoff und Düngemitteln infolge des Krieges in der Ukraine. Der Nahrungsmittel-Preisindex erreichte im Jahr 2022 einen Höchstwert, was mit einem weltweiten Anstieg der Ernährungsunsicherheit einherging.

Der Umfang und die Tragweite der derzeitigen Preisvolatilität lassen sich nur teilweise durch Fundamentaldaten der Märkte erklären. Eine der zugrunde liegenden Schwachstellen des Lebensmittelsystems ist der undurchsichtige und dysfunktionale Charakter der Getreidemärkte.

*„Meine Großmutter pflegte zu sagen: ‚Mit dem Essen spielt man nicht‘. Heute scheinen jedoch viele Menschen den wahren Wert von Lebensmitteln vergessen zu haben und spielen damit“,* erklärte **Peter Schmidt**, Berichterstatter für die Stellungnahme und Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt. *„Wir haben deutlich aufgezeigt, dass eine nachhaltige Entwicklung, die Klimaschutzziele und ein gerechter Übergang mit dem derzeitigen Rohstoffmarkt nicht erreicht werden können. Vielmehr untergräbt die derzeitige Marktstruktur die Bemühungen zur Bekämpfung des Hungers, zur Sicherung fairer Einkommen und fairer Preise.“*

Der EWSA hebt hervor, dass der weltweite physische Getreidehandel stark konzentriert ist. So werden Schätzungen zufolge 70-90 % des weltweiten Getreidehandels von lediglich vier Unternehmen kontrolliert. *„Während die Ernährungssicherheit weltweit durch steigende Lebensmittelpreise bedroht wird, schlagen große Handelsunternehmen aus dieser Situation einen finanziellen Nutzen. Dies ist nicht hinnehmbar!“*, so Schmidt.

Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Organe auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um übermäßige Rohstoffspekulationen einzudämmen. Gleichzeitig erkennt er an, dass Warenderivatemarkte grundlegende Funktionen für die Erzeuger und Nutzer von Lebensmittelgütern erfüllen, etwa im Hinblick auf Risikomanagement und Preisfindung. Der EWSA empfiehlt

- den Übergang zu regulierten Lebensmittelderivatemarkten, wie sie bis Ende der 1990er Jahre bestanden;
- die Regulierung von Waren- und Lebensmittelindizes, insbesondere durch Regulierung und Verbot von Warenindexfonds und deren Replizierung durch Swaps und börsengehandelte Produkte;
- die Eindämmung der Finanzialisierung des Lebensmittelsektors, beispielsweise durch die Einführung einer Steuerregelung für Zufallsgewinne, die bei Überschussgewinnen greift, und einer Steuer auf Lebensmittelspekulationen sowie durch die Zerschlagung von Oligopolen auf allen Ebenen der internationalen Lebensmittelketten;
- die Erhöhung der Markttransparenz durch eine Verbesserung der ESG-Berichterstattung und der Offenlegung nichtfinanzieller Informationen durch an Spekulationen beteiligte Akteure. (ks)



## EWSA plädiert für obligatorischen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit bei allen Maßnahmen und Verordnungen der EU

**Ein Check-up der Wettbewerbsfähigkeit sollte bei allen politischen Maßnahmen und Rechtssetzungsverfahren der EU angewandt werden, so der EWSA in einer neuen Stellungnahme, in der er sich auch für eine „EU-Wettbewerbsagenda“ ausspricht.**

In der auf der Dezember-Plenartagung verabschiedeten [Stellungnahme](#) macht der EWSA geltend, dass die Auswirkungen der EU-Maßnahmen und Verordnungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der EU viel umfassender und systematischer als bisher bewertet werden müssen.

Ein Check-up der Wettbewerbsfähigkeit sollte Rechtsvorschriften, Steuermaßnahmen, Strategien, Programme, internationale Übereinkommen und sogar das Europäische Semester betreffen. Dabei sollten die Auswirkungen auf Unternehmen, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und den Befolgungskosten unter die Lupe genommen werden. Wie kann sich all dies kurz- wie langfristig auf Unternehmen verschiedener Branchen, Größenordnungen und mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen auswirken?

Europas Anteil am globalen BIP fällt bereits seit einiger Zeit und könnte bis 2050 auf unter 10 % geschrumpft sein. Die kurzfristigen Aussichten sind angesichts der anhaltenden Nachwirkungen von COVID-19, des Krieges in der Ukraine, der steigenden Inflation, der in die Höhe schnellenden Energiepreise und der Abhängigkeit von wichtigen ausländischen Einfuhren auch nicht rosiger. Zieht man noch den grünen und den digitalen Wandel hinzu, entsteht eine recht genaues Bild von den enormen Herausforderungen, vor denen die europäischen Unternehmen stehen.

Wie können wir sicherstellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im EU-Entscheidungsprozess mehr Gewicht bekommt? Der EWSA schlägt dafür einen dreigliedrigen Ansatz vor.

Erstens empfiehlt er auf technischer Ebene, die **Folgenabschätzung der Europäischen Kommission zu stärken** sowie den Check-up der Wettbewerbsfähigkeit verbindlich vorzuschreiben und stark auszuweiten.

„Die Europäische Kommission muss bereits jetzt Folgenabschätzungen durchführen, wobei die Auswirkungen einer Initiative auf die Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden“, so **Christian Ardhe**, Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme. „Gleichwohl sehen wir auch Verbesserungsbedarf, insbesondere in Bezug auf die Umsetzung und Durchsetzung.“

Zweitens sollte die Wettbewerbsfähigkeit bei der **Konzipierung neuer Initiativen** angemessen berücksichtigt werden. Diese sollten daraufhin bewertet werden, wie sie zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen und diese unterstützen.

Drittens fordert der EWSA dazu auf, eine spezifische **Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit** auszuarbeiten. Deren wichtigstes langfristiges Ziel sollte darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

„Mit dieser Stellungnahme wollen wir effektiv untersuchen, wie die Wettbewerbsfähigkeit überwacht wird, und der Komplexität dieses Bereichs Rechnung tragen“, erklärte **Giuseppe Guerini**, Ko-Berichterstatter für die Stellungnahme. „Wettbewerbsfähigkeit betrifft heutzutage nicht mehr nur einzelne Unternehmen oder Gesellschaften. Es geht vielmehr um ganze Ökosysteme. Daher brauchen wir für ihre Untersuchung einen komplexeren Ansatz“.

Die Stellungnahme wurde auf Ersuchen des **tschechischen EU-Ratsvorsitzes** erarbeitet. (dm)

---



## Zusammenarbeit im Mittelmeerraum nach COVID-19: Zivilgesellschaftliche Organisationen halten Wirtschaft und Gesellschaft am Laufen

**Auf seiner Dezember-Plenartagung debattierte der EWSA über den Wiederaufbau und die Resilienz des Europa-Mittelmeerraums nach der COVID-19-Pandemie unter besonderer Berücksichtigung der digitalen Kompetenz.**

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** verwies auf die große Bedeutung der regionalen Kooperation und des Dialogs und insbesondere auf die wichtige Rolle des Geflechts lokaler Organisationen der Zivilgesellschaft. Sie bezeichnete die Union für den Mittelmeerraum und die Anna-Lindh-Stiftung als sehr wichtige Partner des EWSA und als zwei tragende Säulen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer.

**Álvaro Albacete Perea**, stellvertretender Generalsekretär der Union für den Mittelmeerraum, und **Josep Ferré**, Geschäftsführer der Anna-Lindh-Stiftung für den interkulturellen Dialog im Mittelmeerraum, betonten die Wichtigkeit stärkerer Beziehungen zwischen der EU und den Ländern im südlichen Mittelmeerraum.

Die Digitalisierung ist der Schlüssel zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt in der Region Europa-Mittelmeer. Die zentrale Botschaft der von Dolores **Sammut Bonnici** erarbeiteten und auf der Plenartagung verabschiedeten Initiativstellungnahme zum [Digitalen Wandel im Europa-Mittelmeer-Raum](#) ist, dass die digitale Kluft zwischen einzelnen Ländern, zwischen städtischen und ländlichen Gebieten und zwischen den Generationen überwunden werden muss. (mp)



## Die EU kann Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit nur dann wirksam vermitteln, wenn sie sich auf gemeinschaftsbasierte Werte und die Veranschaulichung von Einzelschicksalen konzentriert.

**Der EWSA fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, sich um eine bessere Vermittlung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit in der Öffentlichkeit zu bemühen. In einer im Dezember verabschiedeten Stellungnahme plädiert der EWSA dafür, vor allem auf Fairness und Gerechtigkeit zu setzen und**

## **denen Gehör zu verschaffen, die selbst Menschenrechtsverletzungen erfahren haben.**

Manche mögen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte als Begriffe wahrnehmen, die allzu abstrakt, wirklichkeitsfern, fachtheoretisch und legalistisch sind. Darin sieht der EWSA eine echte Gefahr, die von der EU angegangen werden muss.

**Cristian Pîrvulescu**, Berichterstatter für die [EWSA-Stellungnahme „Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit vermitteln“](#), erklärte: „Eine fehlende klare Kommunikation und gezielte Bildung auf europäischer und nationaler Ebene spielt den Feinden der Demokratie in die Karten. Wir fordern mehr Unterstützung für Aktivitäten zur Sensibilisierung der Zivilgesellschaft sowie Lehrpläne, in denen mehr Gewicht auf diese Themen gelegt wird.“

Ko-Berichterstatter **José Antonio Moreno Díaz** betonte: „Die Menschen können ihre Grundrechte nicht verteidigen, wenn sie nicht wissen, was diese Rechte überhaupt beinhalten. EU-Akteure, Institutionen, die Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft können durch die Umsetzung abstrakter Konzepte in sinnvolle, praktische Inhalte etwas bewirken und zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Kultur der Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit beitragen.“

In der EWSA-Stellungnahme wird argumentiert, dass der Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nur in einem Wohlfahrtsstaat möglich sind. Es besteht ein wechselseitiger Zusammenhang: Wenn der Wohlfahrtsstaat nicht mehr funktioniert, kann es dazu führen, dass die Gesellschaft mit dem Konzept der Rechtsstaatlichkeit nichts mehr anfangen kann. Dieser Zusammenhang wird im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte anerkannt, die ein wesentliches politisches Instrument für eine inklusivere Union darstellt.

Der EWSA fordert alle EU-Institutionen auf, keinerlei Toleranz gegenüber Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten an den Tag zu legen. Dabei sollte sich die EU weiterhin auf die [von der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht formulierte Definition von Rechtsstaatlichkeit](#) stützen, mit der die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit klar umschrieben werden. (gb)

---



## Asbest: EWSA fordert strengeren EU-Grenzwert als von der Kommission vorgeschlagen

**Der technische Grenzwert für die Asbestexposition sollte langfristig niedriger liegen, als es von der Europäischen Kommission in der jüngst vorgelegten Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz aktuell vorgeschlagen wird, erklärt der EWSA in einer auf seiner Plenartagung im Dezember verabschiedeten Stellungnahme.**

„Die Sozialpartner können über den neuen Grenzwert gemäß der Richtlinie hinausgehen und geeignete Maßnahmen zur weiteren Verringerung der Asbestexposition am Arbeitsplatz ergreifen“ heißt es in der Stellungnahme des EWSA zum [Schutz vor Asbest am Arbeitsplatz](#).

Nach Ansicht des EWSA sollte der technische Grenzwert nach einem angemessenen Übergangszeitraum langfristig auf 0,001 Fasern/cm<sup>3</sup> festgelegt werden.

„Wir begrüßen das Bestreben der Kommission zur Senkung der Zahl der Krebserkrankungen und die konkreten Maßnahmen zur Minimierung der Asbestexposition am Arbeitsplatz. Dies ist eine gute Ausgangsbasis für weitere Schritte zur Verwirklichung einer Nulltoleranz bei der Asbestexposition am Arbeitsplatz. Wir sind jedoch der Meinung, dass die EU über den Vorschlag der Kommission hinausgehen sollte“, so die Berichterstatterin für die EWSA-Stellungnahme, **Ellen Nygren**.

„Es gibt bei einer Asbestexposition keinen sicheren Grenzwert, ab dem das Risiko einer Krebserkrankung nicht mehr gegeben ist. Und so gibt es immer noch zahlreiche Arbeiten, bei denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diesem tödlichen Stoff ausgesetzt sind, auch wenn die Verwendung von Asbest mittlerweile verboten ist“, warnte sie.

Laut den Zahlen, die vor Kurzem im EWSA auf einer Anhörung vorgelegt wurden, sterben in der EU jedes Jahr etwa 90 370 Menschen an den Folgen einer asbestbedingten Krebserkrankung. Dies belegt die Notwendigkeit eines niedrigeren Grenzwerts.

Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt der EWSA die Ausarbeitung eines Fahrplans mit flankierenden Maßnahmen, die über den Vorschlag der Kommission hinausgehen. Dazu gehört auch eine finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Regionen, die sonst nicht in der Lage wären, dieses Ziel zu erreichen. Da viele Menschen Asbest ausgesetzt sein könnten, ohne dass sie sich dessen überhaupt bewusst wären, fordert der EWSA die Kommission zur Durchführung einer Informationskampagne auf, um die Öffentlichkeit auf allen möglichen Wegen – auch über die Medien – über Asbest und die damit verbundenen Gefahren zu informieren.

Falls eine Asbestexposition tatsächlich besteht oder vermutet wird, sollten alle betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer medizinisch untersucht und die Ergebnisse dokumentiert werden. So kann sichergestellt werden, dass ihre Gesundheit angemessen überwacht wird und bei jedem Arbeitsplatzwechsel über ihre gesamte berufliche Laufbahn hinweg geeignete Maßnahmen ergriffen werden können. (II)



## Bessere Bekämpfung der organisierten Kriminalität dank neuer EU-Richtlinie über illegal erworbene Vermögenswerte

**Der EWSA begrüßte auf seiner Dezember-Plenartagung den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten als einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in der EU. Trotz einer allgemeinen Verbesserung der Lage in einigen Mitgliedstaaten ist der Anteil der eingefrorenen oder eingezogenen Vermögenswerte aus Straftaten in der gesamten EU nach wie vor äußerst gering.**

Durch die neue Richtlinie wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen allen an der Vermögensabschöpfung beteiligten Behörden verbessert. Außerdem sollen die EU-Länder nationale Strategien ausarbeiten. Sie müssen mindestens eine Vermögensabschöpfungsstelle einrichten, die für die Rückverfolgung und Identifizierung von Erträgen aus Straftaten und anderen mit Straftaten verbundenen Vermögenswerten zuständig ist, stellt der EWSA in seiner [Stellungnahme „Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten“](#) fest, die auf der Plenartagung im Dezember verabschiedet wurde.

„Wir finden den Kommissionsvorschlag sehr gut, denn er entspricht der Notwendigkeit, den Anwendungsbereich der Einziehungsmechanismen auszuweiten. Außerdem werden damit Mechanismen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eingeführt, um die Quote der Abschöpfung illegaler Vermögenswerte zu erhöhen. Derzeit ist diese sehr niedrig: Lediglich 2 % der Vermögenswerte aus Straftaten werden

sichergestellt und rund 1 % wird eingezogen“, so der Berichterstatter der Stellungnahme, **Ionuț Sibian**.

Der Anwendungsbereich der neuen Richtlinie wurde im Vergleich zur Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von 2014 erweitert und deckt nun u. a. auch Straftaten wie Organhandel, Entführung, Umweltkriminalität, Handel mit gestohlenen Fahrzeugen ab.

Der EWSA weist allerdings darauf hin, dass Schleuserkriminalität und der unerlaubte Handel mit Tabakerzeugnissen trotz der beträchtlichen jährlichen Einnahmen dieser kriminellen Märkte (schätzungsweise 289,4 Mio. bzw. 8 309,3 Mio. Euro) im Richtlinienvorschlag nicht ausdrücklich genannt werden, und ruft die Kommission nachdrücklich auf, dies nachzuholen.

Der EWSA fordert die Europäische Kommission außerdem auf, in Bezug auf die Verwendung eingezogener Vermögenswerte für soziale Zwecke ehrgeiziger vorzugehen und hierfür einen Mindestprozentsatz für die Mitgliedstaaten festzulegen.

„Es ist sehr wichtig, dass die betroffenen Gruppen unmittelbar Schadensersatzleistungen erhalten und von den Erträgen aus dem Schaden profitieren. In diesem Bereich hätten wir mehr Bewegung erwartet. Es tut

sich aber nichts. Die Zivilgesellschaft muss in die Verwaltung und Veräußerung eingezogener Vermögensgegenstände einbezogen werden“, so Berichterstatter **Sibian**.

Überdies forderte der EWSA die Kommission auf, das Recht der Opfer auf Entschädigung zu präzisieren. In der Rangfolge der Gläubiger sollte den Opfern Vorrang eingeräumt werden, stellt der EWSA abschließend fest. (II)



## Europäischer Rechtsakt zur Medienfreiheit: ein wichtiger Eckpfeiler für die Verteidigung der Medienfreiheit

**Der EWSA begrüßte die Initiativen der Europäischen Kommission für Medienfreiheit. Doch mit bloßen Empfehlungen und einem Soft-Law-Ansatz kann nicht sichergestellt werden, dass die Medien in Europa frei und von politischer, kommerzieller und sonstiger Einflussnahme unabhängig bleiben.**

In seiner [Stellungnahme](#) zum Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit (Vorschlag für eine [Verordnung](#) und eine [Empfehlung](#)) weist der EWSA darauf hin, dass Medienfreiheit und -vielfalt für die Rechtsstaatlichkeit und die liberale Demokratie von grundlegender Bedeutung sind.

„Die Medienfreiheit ist gefährdet. Der Autoritarismus nimmt zu, auch hier in Europa. Die vierte Gewalt bildet eine Brandmauer gegen diese

illiberalen Auswüchse. Daher muss die Freiheit der Medien unbedingt gestärkt werden. Der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit ist da eine wichtige Initiative zum richtigen Zeitpunkt“, so der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Christian Moos**.

„In mehreren Ländern der EU lässt sich eine stetige Zunahme der politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme sowohl in den öffentlich-rechtlichen als auch in privaten Medien mit engen Verbindungen zu den Zentren der Macht beobachten. Dies ist mit der Rolle der Medien als vierter Gewalt unvereinbar“, fügt Ko-Berichterstatter **Tomasz Andrzej Wróblewski** hinzu.

Der EWSA stellt sich voll und ganz hinter die Vorschläge zur Stärkung und Verteidigung der redaktionellen Unabhängigkeit von Journalisten und Verlagen. Besonderes Augenmerk legt er auf die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der öffentlich-rechtlichen Medien – hierfür sind angemessene und stabile finanzielle Mittel erforderlich.

Ein weiteres besorgniserregendes Problem, das in der Stellungnahme aufgezeigt wird, ist die Bedrohung des Medienpluralismus durch Marktkonzentration. Gewiss stellen nicht nur Informationsmonopole eine Bedrohung dar, sondern es ist auch notwendig, gegen die Vereinnahmung von Medien durch Mogule und

Oligarchen vorzugehen.

Die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich sollten transparent und die Anforderungen an die Transparenz verbindlich sein, was jedoch nicht zu einem übermäßigen Verwaltungsaufwand für kleine Medienunternehmen führen darf. Besorgniserregend ist auch die mangelnde Unabhängigkeit einiger nationaler Regulierungsstellen. Wenn eine solche Stelle nicht völlig unabhängig ist, sollte sie nicht in das vorgeschlagene Europäische Gremium für Mediendienste einbezogen werden.

Der EWSA unterstreicht, dass der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit mit der Verordnung unmittelbare Wirkung entfaltet. Gleichzeitig fragt er sich, ob die Ziele dieses Rechtsakts mit einer unverbindlichen Empfehlung wirklich erreicht werden können.

„Bloße Empfehlungen reichen nicht aus, um die Freiheit und Vielfalt der Medien in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Freiheit und Unabhängigkeit der Medien müssen zu den verbindlichen Kriterien für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und für die Auslösung des Mechanismus in Mitgliedstaaten zählen, in denen die Medienfreiheit und -unabhängigkeit von staatlicher Seite verletzt werden,“ so Berichterstatter **Moos** abschließend. (II)



## Bildung muss ein zentrales Element der nachhaltigen Entwicklung sein

**Bildung kann einen gesellschaftlichen Wandel weg von fossilen Brennstoffen hin zu Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit anstoßen. In einer im Dezember verabschiedeten Initiativstellungnahme fordert der EWSA eine transformative Bildung, die junge Menschen stärkt und sie in die Lage versetzt, den ökologischen Wandel aktiv mitzugestalten.**

Im Zentrum der Bildung für nachhaltige Entwicklung sollten humanistische Werte stehen, außerdem müssen die ökologischen und sozialen Folgen des Verhaltens der Menschen berücksichtigt werden. Dafür muss die Bildung von Grund auf neu gedacht werden, angefangen bei der vorschulischen bis hin zur universitären Bildung und darüber hinaus.

„Bei Nachhaltigkeit geht es nicht allein um die Umwelt. Nachhaltigkeit hat viele Aspekte, und alle 17 Nachhaltigkeitsziele sind gleichermaßen wichtig. Die Bildung spielt eine entscheidende Rolle, da durch Bildung alle anderen Nachhaltigkeitsziele vorangebracht werden“, so **Tatjana Babrauskienė**, Berichterstatterin für die [Stellungnahme des EWSA: Junge Menschen und nachhaltige Entwicklung – Stärkung ihrer Handlungskompetenz durch Bildung](#).

Im Unterricht sollte die Fähigkeit, kritisch zu denken und fundierte Entscheidungen treffen zu können, vermittelt werden, damit Kinder mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung umzugehen lernen. Kinder sollten

daher grundlegend über nachhaltige Energie, nachhaltigen Verbrauch und nachhaltige Produktion, die Verringerung von Lebensmittelverschwendung sowie darüber aufgeklärt werden, wie Lebensmittel nachhaltig und verantwortlich ausgewählt werden können.

Ein kürzlich verabschiedeter [Bericht über die Evaluierung der EU-Schulprogramme](#) enthält weitere Empfehlungen dazu, wie das Schulsystem im Sinne der Förderung der nachhaltigen Entwicklung verbessert werden kann. „Durch eine bessere Ernährungserziehung mit speziellen Unterrichtseinheiten zu den Themen Ernährung und Herkunft der Nahrungsmittel sowie Besuchen von Bauernhöfen und Lebensmittelunternehmen könnte die Wirksamkeit der EU-Schulprogramme gesteigert werden, außerdem könnten junge Menschen besser über eine gesunde und nachhaltige Ernährung aufgeklärt werden“, erläuterte der Berichterstatter **Arnold Puech d'Alissac**. Der EWSA fordert zudem, die Mittel für die Bildung für nachhaltige Entwicklung aus EU-Fonds wie der Aufbau- und Resilienzfazilität, Erasmus+, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus besser zu nutzen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung wird in den verschiedenen Mitgliedstaaten derzeit sehr unterschiedlich umgesetzt und muss an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

„Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die Bildung muss unverzüglich umgestellt werden, um eine nachhaltige Zukunft in den Mitgliedstaaten sicherzustellen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, die jungen Menschen, die Lehrkräfte und die Eltern mitzunehmen“, erklärte **Tatjana Babrauskienė**. (ks)



## Meerestechnik: EWSA warnt erneut vor branchenspezifischen Risiken

**Der EWSA weist in einer kürzlich verabschiedeten Initiativstellungnahme darauf hin, dass die meerestechnische Industrie dringend Maßnahmen und Investitionen bedarf, um international wettbewerbsfähig zu sein. Der Schwerpunkt sollte auf Aus- und Weiterbildung, der Finanzierung und dem Marktzugang liegen.**

Sollte Europa es nicht schaffen, eine spezifische Industriestrategie für die Meerestechnik umzusetzen, besteht die Gefahr einer zunehmenden Abhängigkeit von Asien, wenn es um Schiffe und meerestechnische Ausrüstung geht. Viele europäische Häfen sind bereits ganz oder teilweise

Eigentum chinesischer Unternehmen. Eine nachhaltige Strategie sollte eine Neubewertung dieser Eigentumsverhältnisse beinhalten.

„Der EWSA hält umgehende Maßnahmen für erforderlich, um die Resilienz Europas im Bereich der Meerestechnik zu stärken, ihre globale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, die starke Stellung Europas beim komplexen Schiffbau zu schützen sowie die strategische meerestechnische Autonomie

Europas zu sichern“, so **Anastasis Yiapanis**, Berichterstatter für die [Stellungnahme des EWSA](#).

Damit die Branche wieder wettbewerbsfähig wird, sollten eine Sachverständigengruppe für den Seeverkehr und eine Europäische Industriellianz für die Meerestechnik eingerichtet werden.

Trotz der im Jahr 2018 verabschiedeten Initiativstellungnahme des EWSA [„Die Strategie LeaderSHIP 2020 als Vision für die meerestechnische Industrie“](#), in der eine stärkere Unterstützung dieser Branche gefordert wurde, haben es die EU und die nationalen Behörden nicht geschafft, die erforderlichen positiven Weichen zu stellen zu ergreifen.

Der EWSA äußert sich besorgt über die Hindernisse, denen europäische Unternehmen gegenüberstehen, die sich in Asien engagieren wollen. Er fordert die Europäische Kommission auf, sich stärker um die Festlegung globaler Regeln zu bemühen. So muss sie auch vorrangig gegen ausländische Subventionen und die schädigende Preisgestaltung von Schiffen vorgehen.

Die bestehenden bilateralen Freihandelsabkommen sollten aktualisiert werden, um den freien Marktzugang für EU-Seeverkehrsunternehmen zu gewährleisten. Dies muss in künftige Abkommen aufgenommen werden. Wenn internationale Verhandlungen in dieser Hinsicht keinen Erfolg haben, muss die EU einseitige Maßnahmen erwägen, um Einfluss auf ihre internationalen Mitbewerber zu nehmen.

In seiner Stellungnahme weist der EWSA auch auf die wichtige Rolle der meerestechnischen Industrie bei der Verwirklichung einer nachhaltigen blauen Wirtschaft hin.

„Der EWSA plädiert für umgehende Maßnahmen zur Ankurbelung der Binnennachfrage nach umweltfreundlichen und High-Tech-Schiffen, darunter ein EU-Programm zur Flottenerneuerung und zur Nachrüstung bestehender Schiffe im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals“, unterstreicht Ko-Berichterstatter **Christophe Tytgat**.

Die Sozialpartner und die lokalen Produzenten haben vergeblich auf Anreize für die Umstellung der Branche auf umweltfreundliche Schiffe, alternative Kraftstoffe und Technologien im Sinne des Pakets „Fit für 55“ gewartet. Der EWSA begrüßt jedoch die Annahme der [Partnerschaft für emissionsfreien Schiffsverkehr](#), deren Ziel eine emissionsfreie Schifffahrt ist.

Er plädiert für mehr finanzielle Unterstützung für den [EU-Kompetenzpakt](#) und für Kampagnen, um die Branche für alle Berufe – sowohl Ingenieure als auch z. B. Schweißer und Elektriker – attraktiver zu machen. Nur durch umfassende Umschulungs-, Weiterbildungs- und Berufsbildungsprogramme kann sichergestellt werden, dass die meerestechnische Industrie den grünen und digitalen Wandel vollziehen kann. (ks)

---



## Lateinamerika braucht neuen Sozialvertrag für wirtschaftliche Erholung

**Lateinamerika braucht einen neuen Sozialvertrag, um politische Rechenschaftspflicht, Inklusion, Sozialschutz und hochwertige Arbeitsplätze zu gewährleisten - so der EWSA in einer im Dezember 2022 verabschiedeten Initiativstellungnahme zur sozioökonomischen Lage in Lateinamerika nach der COVID-19-Krise. Freie und demokratisch organisierte Zivilgesellschaften sind das beste Mittel, um diese Ziele zu erreichen.**

Die COVID-19-Pandemie hat Lateinamerika besonders schwer getroffen und die schlechte Politik der letzten Jahrzehnte offenbart, die kaum Wirkung bei der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen gezeigt hat. Durch Russlands Invasion in die Ukraine ist es zu weiteren wirtschaftlichen Verwerfungen in Form gestörter globaler Lieferketten und erhöhter Inflation gekommen.

In der Stellungnahme [„Die sozioökonomische Lage in Lateinamerika nach der COVID-19-Krise – die Rolle der Zivilgesellschaft bei der wirtschaftlichen Erholung“](#) wird betont, dass die Region einen neuen Sozialvertrag benötigt, der durch bereichsübergreifende Vereinbarungen zwischen den sozioökonomischen Gruppen, zwischen den Gebieten und zwischen den Generationen erreicht werden kann.

In Bezug auf die Rolle der Zivilgesellschaft erklärte **Josep Puxeu Rocamora**, EWSA-Mitglied und Berichterstatter für die Stellungnahme: „Europa und Lateinamerika sind der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Dementsprechend muss die Zivilgesellschaft aktiv beteiligt werden, in den Bereichen Entwicklung und Krisenmanagement eine maßgebliche Rolle spielen und den für einen neuen Sozialvertrag notwendigen Dialog fördern.“

Europa muss seine Beziehungen zu Lateinamerika ausbauen und dabei dem sozialen, ökologischen und digitalen Wandel besondere Aufmerksamkeit widmen. „Wir müssen uns dringend stärker um Bündnisse mit gleichgesinnten Partnern in Lateinamerika bemühen“, sagte **Herr Puxeu Rocamora**. „Wir haben diese Beziehungen zu lange für selbstverständlich gehalten. Wir müssen uns gerade jetzt anstrengen, um zu anderen starken Konkurrenten aufzuschließen.“

Nach Auffassung des EWSA erfordern solche Bündnisse u. a. die uneingeschränkte Anerkennung und Beteiligung der betreffenden zivilgesellschaftlichen, Menschenrechts-, Gewerkschafts-, Unternehmens- und Umweltorganisationen. (at)

---



## EWSA erörtert Prioritäten und Programm des schwedischen EU-Ratsvorsitzes

**In einer Sitzung des EWSA am 15. Dezember in Stockholm erläuterte der schwedische Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, Christian Danielsson, die politischen Zielvorstellungen des künftigen schwedischen EU-Ratsvorsitzes, der den EWSA um Beiträge zu sechs zentralen Themen ersucht hat.**

Unterstützung für die Ukraine und Schwerpunkt auf dem ökologischen Wandel und der Wettbewerbsfähigkeit der EU – u. a. auf diese Themen wird sich der schwedische Vorsitz im Rat der Europäischen Union (Januar bis Juni 2023) konzentrieren.

In einer Sitzung des EWSA-Präsidiums am 15. November 2022 in Stockholm betonte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**, dass die EU angesichts aller bevorstehenden Herausforderungen nur dann erfolgreich sein kann, wenn die europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft ständig beteiligt werden.

„Angesichts der düsteren Aussichten für die Wirtschaft in Europa müssen wir die richtigen und vor allem klare Prioritäten setzen“, erklärte sie. „Für unsere Volkswirtschaften, unsere Gesellschaften und unsere Demokratien ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Erholung sichergestellt und die Unternehmen und die Menschen, die unter der hohen Inflation und insbesondere den hohen Energiepreisen leiden, unterstützt werden.“

**Christian Danielsson**, Staatssekretär bei der schwedischen Ministerin für EU-Angelegenheiten, führte aus: „Zweifellos sind Prioritäten wichtig. Die größte Aufgabe des Ratsvorsitzes ist aber der Ratsvorsitz selbst. Nämlich Fortschritte und Ergebnisse zu erzielen, die den Bürgerinnen und Bürgern, den Mitgliedstaaten und Europa zugutekommen. Dafür werden wir unser Bestes geben.“

**Danielsson** betonte, dass der schwedische Ratsvorsitz der Ukraine weiter humanitäre Hilfe leisten wird. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

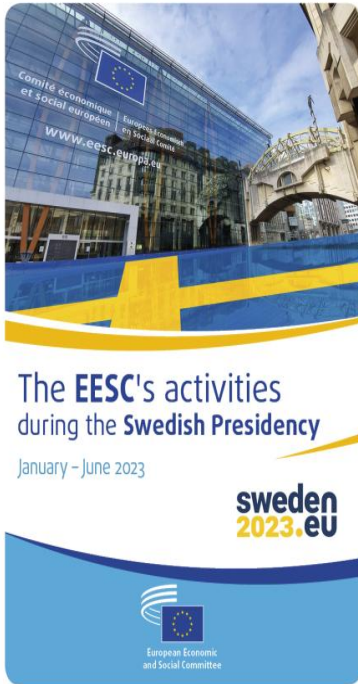
Konkret wird sich der schwedische Ratsvorsitz darauf konzentrieren,

- die Klimawende zu beschleunigen
- die Wettbewerbsfähigkeit der EU für die Arbeitsplätze der Zukunft zu stärken
- die Grundwerte der EU zu verteidigen
- die Sicherheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu gewährleisten und die Rolle der EU in der Welt zu stärken
- die organisierte Kriminalität zu bekämpfen

Der schwedische Ratsvorsitz möchte sich das Fachwissen des EWSA zunutze machen und hat ihn um Sondierungsstellungen zu folgenden Themen ersucht:

- 30 Jahre Binnenmarkt: weitere Verbesserung der Funktionsweise
- Umstellung auf ein zukunftsfähiges Verkehrssystem
- Die Rolle junger Menschen im ökologischen Wandel
- Vorteile des modernen Industrieholzbaus
- Stärkung der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der EU
- Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen im Zeichen des ökologischen und digitalen Wandels

Weitere Informationen finden Sie in der jüngsten Broschüre des EWSA „Die Tätigkeiten des EWSA während des schwedischen EU-Ratsvorsitzes“ auf unserer [Website](#). Die Broschüre liegt auf EN, SV, FR und DE vor.  
(mp/dm)



---

## AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



## 2023: Höchste Zeit für eine Agenda für Wettbewerbsfähigkeit

von Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber

**Die ersten sechs Monate des Jahres 2023 sind der richtige Zeitpunkt, um auf eine Agenda für Wettbewerbsfähigkeit als oberste Priorität der EU zu drängen.**

2022 war für Europa ein schwarzes Jahr. Russland hat den Krieg nach Europa zurückgebracht und damit alle Hoffnungen und Erwartungen in Bezug auf einen dauerhaften Frieden auf dem europäischen Kontinent zerschlagen.

Dabei liegt eines ganz klar auf der Hand: ohne Frieden kein Wohlstand. Die Gruppe Arbeitgeber unterstützt uneingeschränkt die Maßnahmen der EU, die darauf abzielen, die notleidende Ukraine zu unterstützen und noch vor Kriegsende mit dem Wiederaufbau des Landes zu beginnen.

Wir setzen uns weiterenergisches für die Unterstützung der Ukraine und wie schon 2022 auch für Aufbaumaßnahmen in der EU ein. In unserer Arbeit für die Konferenz zur Zukunft Europas haben wir nachdrücklich gefordert, die Wettbewerbsfähigkeit stärker in den Mittelpunkt zu rücken. In diesem Sinne sollten Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit als bewährte Praxis eingeführt werden, um die EU-Wirtschaft stärker und widerstandsfähiger zu machen. Diese Forderung stieß bei der Kommission und den EU-Ratsvorsitzen auf offene Ohren, und ein entsprechendes Instrument wird derzeit ausgearbeitet. Vor allem aber wird allen Beteiligten immer klarer, dass die EU eine Agenda für Wettbewerbsfähigkeit braucht, die nachhaltige und starke Unternehmen in den Mittelpunkt stellt. Nur so können wir für eine gesunde Gesellschaft sorgen, in der wir den Menschen eine gute Lebensqualität bieten können.

Auch 2023 dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Wir müssen noch stärker auf die Entwicklung einer ehrgeizigen und zukunftsorientierten Agenda hinarbeiten, die den Bedürfnissen und Anliegen der Unternehmen gebührend Rechnung trägt. Die derzeitige Lage erfordert die Festlegung grundlegender Ziele:

- wettbewerbsfähiger Zugang zu den Produktionsfaktoren (Energie, Rohstoffe, Arbeitskräfte, Kapital und Daten);
- Ausschöpfung des gesamten Potenzials des gemeinsamen Marktes und seiner Freiheiten durch die Schaffung eines umfassenden digitalen Binnenmarkts;
- Maßnahmen, die dafür sorgen, dass ein offener und regelbasierter Außenhandel zu einer weiteren Säule der EU-Wirtschaft wird;
- kosteneffiziente Bewerkstelligung des von unserer Gruppe nachdrücklich unterstützten ökologischen und digitalen Wandels, sodass unternehmerische Initiative und Innovation gefördert werden.

Die ersten sechs Monate des Jahres 2023 sind der richtige Zeitpunkt, um darauf zu drängen, dass der Agenda für Wettbewerbsfähigkeit oberste Priorität eingeräumt wird. In einer Welt voller Unsicherheiten ist eines ganz klar: Ohne eine florierende und wettbewerbsfähige Union ist das soziale Wohlergehen unserer Gesellschaft ernsthaft gefährdet.

## [Bilder von Zwangsarbeit – EWSA zeigt Ausstellung der IAO](#)

von der Gruppe Arbeitnehmer

Im Rahmen einer [Ausstellung der Internationalen Arbeitsorganisation \(IAO\)](#), die im Dezember 2022 im EWSA zu sehen war, wurden die besten Karikaturen aus einem Wettbewerb der IAO gezeigt. Die Bilder veranschaulichen die erschütternden Schicksale von Menschen, die weltweit Zwangsarbeit verrichten müssen.

Die Zahl der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter ist erschreckend: Die IAO beziffert sie für 2021 mit 27,6 Millionen.

Dabei sind die Betroffenen vielen verschiedenen Formen von Einschüchterung – u. a. Lohnverweigerung, Kündigungsandrohung, Einsperren sowie Misshandlung und sexueller Missbrauch – ausgesetzt, durch die sie gegen ihren Willen zur Arbeit gezwungen werden. Die Liste der Repressionen ist lang. Das Phänomen ist überall auf der Welt verbreitet, und durch die COVID-19-Pandemie hat sich die Lage noch weiter verschärft. Zu den am stärksten gefährdeten Gruppen gehören Kinder, Frauen sowie Wanderarbeiterinnen und -arbeiter. Schätzungen der IAO zufolge sind weltweit 11,8 Millionen Frauen und Mädchen und über 3,3 Millionen Kinder Opfer von Zwangsarbeit.

Doch Fakten und Zahlen bringen die dahinterstehenden menschlichen Schicksale nur unzureichend zum Ausdruck. Daher wurde auf Initiative des Vorsitzenden der Gruppe Arbeitnehmer, **Oliver Röpke**, in Zusammenarbeit mit der IAO [eine Ausstellung im EWSA gezeigt](#), bei der die [besten Karikaturen aus einem Wettbewerb der IAO](#) zu sehen waren. Die Bilder veranschaulichen die Erfahrungen von Menschen, die weltweit unter unannehmbaren Bedingungen arbeiten müssen.

Solche Initiativen regen zum Nachdenken darüber an, wie gegen dieses Übel vorgegangen werden kann, z. B. durch die Behebung des Mangels an menschwürdiger Arbeit in der informellen Wirtschaft, so wie von der IAO gefordert. In einer von Berichterstatter **Thomas Wagnsonner** (Gruppe Arbeitnehmer) erarbeiteten [laufenden EWSA-Stellungnahme](#) geht es um das Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit auf dem EU-Markt. Bei der Vernissage erklärte der Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer **Oliver Röpke**: „Diese Ausstellung führt uns das harte Schicksal der Opfer von Zwangsarbeit vor Augen, verdeutlicht aber auch, was wir erreichen können, wenn wir zusammenarbeiten und entschlossen handeln – und das tun wir. Deshalb plädieren wir nachdrücklich für die Ratifizierung des Protokolls von 2014 zum Übereinkommen der IAO über Zwangsarbeit durch alle EU-Mitgliedstaaten.“ (mg)

---



## Séamus Boland zum Vorsitzenden der Gruppe „Organisationen der Zivilgesellschaft“ wiedergewählt

### **von der Gruppe „Organisationen der Zivilgesellschaft“**

**Am 14. Dezember wurde Séamus Boland von den Mitgliedern der Gruppe „Organisationen der Zivilgesellschaft“ durch Zuruf erneut für zweieinhalb Jahre zum Vorsitzenden gewählt.**

Die zweite Amtszeit von Séamus Boland als Vorsitzender der Gruppe wird von April 2023 bis September 2025 dauern. Der Ire ist Landwirt und vertritt Organisationen für die Entwicklung des ländlichen Raums und zum Schutz besonderer Naturräume im EWSA. Er führt den Vorsitz der Gruppe seit Oktober 2020 und gehört dem EWSA seit 2011 an.

Die Armutsbekämpfung und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Eindämmung der Armut werden auch weiterhin übergeordnete Prioritäten seines Vorsitzes sein.

„Als Folge von COVID-19, des Klimawandels und der geopolitischen Spannungen aufgrund des Krieges in der Ukraine gibt es so viel Armut wie kaum je zuvor. Sie betrifft alle Lebensbereiche und blockiert eine nachhaltige Zukunft für alle“, so **Séamus Boland**. „Die Beseitigung der Armut bleibt deshalb die oberste Priorität meines Vorsitzes. Organisationen der Zivilgesellschaft spielen bei der Eindämmung der Armut eine zentrale Rolle. Sie helfen, lokale Anliegen zu formulieren, lokale Bedürfnisse zu definieren und lokale Lösungen zu finden. Genau darauf kommt es an, wenn man das erste Nachhaltigkeitsziel erreichen will, nämlich extreme Armut überall zu beenden.“

Für 2023 sollte sich die Gruppe nach Auffassung von Séamus Boland in ihrer Arbeit auf folgende Schwerpunktbereiche konzentrieren:

- widerstandsfähige Gesundheits- und Pflegesysteme in Europa,
- Klimawandel, Energiearmut und schutzbedürftige Gruppen,
- Kompetenzen, Digitalisierung und benachteiligte Personen,
- die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Wahrung und Stärkung der Demokratie in Europa,
- Stärkung der Handlungskompetenz junger Menschen und Schutz von Kindern.

In ihrer Sitzung benannte die Gruppe „Organisationen der Zivilgesellschaft“ auch Kandidatinnen und Kandidaten für weitere Führungspositionen im Ausschuss für die zweite Hälfte der Mandatsperiode 2020-2025.

- **Krzysztof Pater** als für Haushalt zuständigen Vizepräsidenten des EWSA
- **Baiba Miltoviča** als Vorsitzende der Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (TEN)
- **Ioannis Vardakastanis** als Vorsitzenden der Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (ECO)
- **Panagiotis Gkofas** als Quästor.

Diese Bewerbungen sind noch durch eine Abstimmung bei der Neubesetzung des Ausschusses zur Mitte der Mandatsperiode im April 2023 zu bestätigen.

Mehr dazu finden Sie unter: [europa.eu/!mmX8NV](https://europa.eu/!mmX8NV) (jk)

## Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)  
Daniela Marangoni (dm)

## Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)  
Daniela Marangoni (dm)  
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)  
Giorgia Battiato (gb)  
Jasmin Kloetzing (jk)  
Katerina Serifi (ks)  
Katharina Radler (kr)  
Laura Lui (ll)  
Luke Carroll (lc)  
Marco Pezzani (mp)  
Margarita Gavanis (mg)  
Margarida Reis (mr)  
Pablo Ribera Paya (prp)  
Thomas Kersten (tk)

## Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)  
Giorgia Battiato (gb)

Technical support  
Bernhard Knoblach (bk)  
Joris Vanderlinden (jv)

## Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Jacques Delors Building,  
99 Rue Belliard,

B-1040 Brussels, Belgium  
Tel. (+32 2) 546.94.76  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

01/2023